Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6279
19. 01. 90

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. Januar 1990
am Donnerstag, dem 25. Januar 1990

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

1. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Welchen Wortlaut oder genauen Inhalt hatten die Vereinbarungen zwischen dem Bundeskriminalamt und dem Versicherungsdetektiv Werner Mauss aus den Jahren 1972, 1976 und 1981?

2. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Wie lauten die Vereinbarungen zwischen dem Bundeskriminalamt und der Versicherungswirtschaft (eventuellen einzelnen Versicherern) über den Einsatz des Versicherungsdetektivs Werner Mauss sowie über dessen Vergütung und Kostenerstattung?

3. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wie ist der Stand der Gespräche um die Wiedereröffnung des Grenzübergangs Waldsassen/Hundsbach, und wird die Bundesregierung der CSSR einen Grenzvertrag vorschlagen mit dem Ziel, alle denkbaren Straßen und Schienenverbindungen wieder zu eröffnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

4. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorwurf der Berliner Schulsenatorin Volkholz gegen den Inhalt des Jahreskalenders 1990 des Gesamtdeutschen Instituts in Bonn, dieser sei „in hohem Maße friedensgefährdend" und offenbare „revanchistische Gesinnung" in Bonn, sowie die damit begründete restriktive Verteilung dieses Kalenders an den Berliner Schulen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

5. Abgeordneter **Hoss** (DIE GRÜNEN)

Bei welchen Firmen und Personen im norddeutschen Raum fanden nach Informationen der Bundesregierung am 4. Januar 1990 Durchsuchungsaktionen der Staatsanwaltschaft Kiel im Zusammenhang mit den Ermittlungen wegen des Blaupausenexports nach Südafrika statt?

6. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der DDR dienstlich verpflichtet waren, bei Westreisen anfallende Erkenntnisse ihren Dienststellen mitzuteilen, und worauf stützt die Bundesregierung ihre Erkenntnisse, daß der ehemalige DDR-Staatssekretär und Stasi-Oberst Schalck-Golodkowski bei seinen Reisen in die Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel bei dem Aushandeln des Milliardenkredits mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Strauß, keine Informationen an seine Dienststelle weitergegeben hat, die gegen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland verstoßen haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

7. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Kauf von zwei U-Booten durch Israel Genehmigungen nach dem Außenwirtschaftsgesetz erteilt, und beabsichtigt die Bundesregierung eine Produktionsgenehmigung für den Bau von U-Booten für Israel nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz zu erteilen?

8. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Fördermaßnahmen erwägt das Bundesministerium für Wirtschaft zur Steigerung des Fernwärmeeinsatzes und der Kraft-Wärme-Kopplung, die z. B. der Bundesminister für Wirtschaft, Dr. Haussmann, am 26. Oktober 1989 dem Präsidenten des Deutschen Städtetages, Herrn Rommel, zugesichert hat, und welche Gesetze/Verordnungen sollen diesbezüglich geändert werden?

9. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß das ostbayerische Grenzland im Verhältnis zum Zonenrandgebiet auf der Grundlage der jüngsten Entwicklungen gegenüber dem innerdeutschen Grenzgebiet in eine besondere Randlage geraten ist, und was wird sie unternehmen, um dem ostbayerischen Grenzland an der Grenze zur CSSR dabei zu helfen, diese Situation zu bewältigen, um auch im Verhältnis zur CSSR bessere nachbarschaftliche Verbindungen aufzubauen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

10. Abgeordneter **Müntefering** (SPD)

Welche Werbeagentur hat die stern-Beilage „Bittere Pille oder süße Medizin" des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung gestaltet, und wie hoch war der Wert der weiteren Aufträge, die diese Agentur von der Bundesregierung erhalten hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

11. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung den von ihr bereits im Frühsommer 1989 öffentlich angekündigten Gesetzentwurf zur Erleichterung des Tausches von Sozialwohnungen dem Parlament vorlegen?

12. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Wie verteilen sich die bisher erfolgten Bewilligungen bei den von der Kreditanstalt für Wiederaufbau durchgeführten Programmen mit zinsverbilligten Darlehen für den Wohnungsbau auf die Bundesländer?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

13. Abgeordnete **Frau Wollny** (DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus den Ergebnissen einer Studie der Industrie ziehen, wonach bei den bisherigen Konzepten zur Konditionierung und Endlagerung von hochaktiven radioaktiven Abfällen und abgebrannten Brennelementen die Safeguard-Kontrollmöglichkeiten mit einer Fehlerquote von 12 % behaftet sind, und welche Auswirkung wird diese Tatsache auf die Genehmigungsfähigkeit der geplanten Pilotkonditionierungsanlage in Gorleben haben?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

14. Abgeordneter **Hoss** (DIE GRÜNEN)

Wie ist nach den Informationen der Bundesregierung der gegenwärtige Stand des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Bonn gegen den Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, H. T., wegen des Verdachts des Verwahrungsbruchs?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

15. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Welche Begründung gibt es im einzelnen, den Truppenübungsplatz Hohenfels aufrechtzuerhalten, und aus welchen Gründen hatten die US-Streitkräfte ursprünglich vor, den Truppenübungsplatz aufzugeben?

16. Abgeordneter **Dr. Lippelt (Hannover)** (DIE GRÜNEN)

Haben der Bundesminister der Finanzen, Dr. Waigel, und der Bundesminister des Innern, Dr. Schäuble, an einem Gespräch am 11. Dezember 1984 mit Vertretern der U-Boot-Firmen HDW und IKL in Bonn teilgenommen, wie dies in einem Vorstandsprotokoll der Firma HDW vom 10./11. Dezember 1984 angekündigt wurde, in dem zu lesen stand, daß die Herren Waigel und Schäuble bei dem Gespräch anwesend sein würden?

17. Abgeordnete **Frau Beer** (DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung bereit, die in der Fragestunde vom 13. Dezember 1989 von mir angesprochenen Vermerke und Reiseberichte vom Juli 1987 aus dem Bundesministerium der Finanzen zu dem U-Boot-Geschäft der Staatsanwaltschaft Kiel zur Verfügung zu stellen, wenn diese sie anfordern sollte?

18. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Hat die Bundesregierung eine Übersicht über das auf militärischen Standorten der Bundeswehr und der Alliierten in Rheinland-Pfalz beschäftigte Zivilpersonal, seine Altersstruktur, Qualifikation, Wohnorte etc.?

19. Abgeordneter **Reschke** (SPD)

Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung bereits unternommen bzw. wird sie unternehmen, um der Aufforderung des Deutschen Bundestages vom April 1989 nachzukommen, darauf hinzuwirken, daß neue Geldspielgeräte zur korrekten Erfassung der Einsätze mit manipulationssicheren Zählwerken ausgestattet werden, und klarzustellen, daß als Bemessungsgrundlage für

die Umsatzsteuer die Summe der Einsätze zugrunde zu legen ist, insbesondere vor dem Hintergrund der Feststellung des Bundesrechnungshofes vom Oktober 1989, daß das Schätzverfahren bei der Ermittlung der Umsatzbesteuerung aus dem Betrieb von Spielgeräten mit Geldgewinnmöglichkeiten alleine von 1984 bis 1987 zu rund 1 Mrd. DM an Steuerausfällen geführt hat?

20. Abgeordneter **Reschke** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, daß in Zukunft bei Geldspielgeräten mit eingebautem Zählwerk auch das tatsächliche Entgelt und nicht der Kasseninhalt als Bemessungsgrundlage zur Ermittlung der Umsatzsteuer herangezogen wird, angesichts der Aussage des Bundesrechnungshofes, daß bereits seit einigen Jahren fast alle neu zugelassenen Geldspielgeräte Zählwerke besitzen, der Einbau von Zählwerken in neue Geräte ohne großen Aufwand möglich ist und viele Geräteaufsteller bereits seit Jahren Zählwerke verwendeten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

21. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Ausgehend von der Annahme, daß die Friedenssumme der Streitkräfte 1995 = 420 000 aktive Soldaten betragen soll – die ständig übenden 10 000 Reservisten und die 40 000 Soldaten der Verfügungsbereitschaft außer acht lassend –, frage ich die Bundesregierung, nach welchen Kriterien sie die Zahl 420 000 Soldaten Friedensstärke – bei einer 15monatigen Wehrdienstzeit – berechnet hat?

22. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Bezogen auf das Wehrpflichtaufkommen 1995 – und später – nach Abbau der Bugwelle nicht eingezogener Wehrpflichtiger, frage ich die Bundesregierung, um wieviel Soldaten muß die Friedensstärke gesenkt werden, wenn die Wehrpflichzeit zwölf Monate oder neun Monate beträgt?

23. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD)

Wie ist die genaue Rechtsbegründung der Bundesregierung für die Ableitung der Geheimhaltung von Militärtransporten der Bundeswehr mit gefährlichen Stoffen auf den Straßen, den Schienen und zu Wasser aus dem verfassungsrechtlichen Verteidigungsauftrag ihrer Streitkräfte gemäß Artikel 87a Abs. 2 Grundgesetz (siehe Antwort der Bundesregierung vom 27. Dezember 1989 auf meine schriftliche Frage vom 30. November 1989)?

24. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD)

Wie lautet der genaue Inhalt der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den stationierten verbündeten Streitkräften geschlossenen völkerrechtlichen Abkommen (siehe Antwort der Bundesregierung vom 27. Dezember 1989 auf meine schriftliche Frage vom 30. November 1989), die zur Geheimhaltung von Militärtransporten der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten verbündeten Streitkräfte mit gefährlichen Stoffen auf den Straßen, den Schienen und zu Wasser berechtigen, und beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der demokratischen Entwicklung in den Ostblockstaaten und der Rechtslage in den Vereinigten Staaten von Amerika eine Überprüfung dieser Abkommen mit dem Ziel herbeizuführen, diese Frage genauso zu regeln, wie sie in den Vereinigten Staaten von Amerika geregelt ist?

25. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Zu welchem frühestmöglichen Zeitpunkt kann die Bundesregierung nach den betroffenen vertraglichen Vereinbarungen aus dem Projekt Jäger 90 ausscheiden, und ist sie irgendwelche Verpflichtungen eingegangen, die über die sogenannte Entwicklungsphase hinausgehen?

26. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach einer Meldung der Welt vom 16. Januar 1990 „in London" überlegt werde, den deutschen Panzer Leopard nicht zu kaufen, wenn die Bundesregierung aus dem Jäger 90 ausscheidet, und ist die Bundesregierung in dieser Frage erpreßbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

27. Abgeordnete **Frau Ganseforth** (SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der Frauen, die bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen zum/zur „Arzt/Ärztin im Praktikum" benachteiligt werden, weil (kommunale) Krankenhäuser bevorzugt junge Männer einstellen, die mit diesem Praktikum ihren Zivildienst ableisten und damit keine Kosten verursachen, weil sie für ihre Tätigkeit keine Vergütung erhalten?

28. Abgeordnete **Frau Ganseforth** (SPD)

Was wird die Bundesregierung gegen diese Diskriminierung von Frauen unternehmen?

29. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts in der DDR fehlender Dauermedikamente (u. a. gegen Hochdruckkrankheiten, Stoffwechselkrankheiten, Asthma, Krupp und Herzinfarkt), Vorschläge aus der Ärzteschaft und der Standesvertretung aufzugreifen, denen zufolge 50% der Ärztemuster in die DDR gesandt werden sollen?

30. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Sieht sich die Bundesregierung gegebenenfalls in der Lage, im Zusammenwirken mit der Bundesärztekammer diesen Vorschlag schon bald zu realisieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

31. Abgeordneter **Funke** (FDP)

Wie hoch werden die Investitionskosten bzw. der Anteil von Deutscher Bundesbahn und Land an der S-Bahn-Station „Neu-Billwerder" (S 2/S 21) sein, und wann könnte diese Station in Betrieb genommen werden?

32. Abgeordneter **Funke** (FDP)

Wie hoch werden die Investitionskosten bzw. der Anteil von Bund und Land an der von der Freien und Hansestadt Hamburg geplanten Autobahnausfahrt „Neu-Billwerder" (A 25) sein, und wann könnte diese Ausfahrt fertiggestellt sein?

33. Abgeordneter **Dr. Feldmann** (FDP)

Wie ist der aktuelle Sachstand bei den deutsch-französischen Verhandlungen über die Anbindung des französischen TGV-Est an das deutsche Schnellbahnsystem?

34. Abgeordneter **Dr. Feldmann** (FDP)

Welche Trassenführung wird von deutscher Seite bevorzugt, und wie bewertet die Bundesregierung die umwelt- und verkehrspolitischen Auswirkungen für die betroffene Region?

35. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Kann auf einer eingleisigen Rheinbrücke zwischen Karlsruhe und Wörth zusätzlich zu dem normalen Bundesbahnverkehr noch eine Stadtbahn Karlsruhe—Wörth störungs- und verspätungsfrei betrieben werden, die in den Hauptverkehrszeiten in einer Richtung im Zehn-Minuten-Takt verkehren würde (wie dies z. B. heute schon zwischen Karslruhe und Rheinstetten möglich ist)?

36. Abgeordneter **Andres** (SPD)

Welche definitiven über die bekanntgewordenen Beschlüsse des Bundeskabinetts vom 20. Dezember 1989 hinausgehenden Zusagen hat die Bundesregierung der niedersächsischen Landesregierung über die Flughafenanbindung an das IC-Netz gemacht?

37. Abgeordneter **Andres** (SPD)

Kann die Bundesregierung die Mitteilungen der Presse- ind Informationsstelle der Landesregierung Niedersachsen vom 12. Dezember 1989 bestätigen, daß es eine verbindliche Zusage der Bundesregierung an den Ministerpräsidenten Albrecht gibt, der Flughafen Hannover-Langenhagen werde an den Intercity-Verkehr und damit an das Schienennetz der Deutschen Bundesbahn angeschlossen?

38. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)

Wie lautet der Beschluß des Bundeskabinetts vom 20. Dezember 1989 zur Frage der IC-Anbindung des Flughafens Hannover-Langenhagen im Wortlaut?

39. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um dem Auftrag des Bundesverkehrswegeplans 1985 zu entsprechen, nämlich zu prüfen, ob der Flughafen Hannover-Langenhagen „durch Aus- und Neubau der Schienenanbindung qualitativ besser als bisher (an das Schienennetz) angeschlossen werden" kann?

40. Abgeordneter **Pfuhl** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es politische Kräfte in Nord- und Mittelhessen gibt, die auf Grund der deutsch-deutschen Entwicklung erneut auf die Planung und den Bau der A 4 von Olpe zum Hattenbacher Dreieck drängen?

41. Abgeordneter **Pfuhl** (SPD)

Hat die Bundesregierung die Absicht, diese Forderung zu unterstützen und den Ausbau in den nächsten Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

42. Abgeordneter **Wüppesahl** (fraktionslos)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, den auf dem Gelände der Gesellschaft für Kernforschung und Kernschiffahrt (GKSS) in Geesthacht seit 1981 eingelagerten Reaktordruckbehälter der Otto Hahn in einem atomrechtlichen

Genehmigungsverfahren mit z. B. öffentlichem Erörterungstermin genehmigen zu lassen, weil – entgegen den Behauptungen der GKSS zum Zeitpunkt der Entscheidung dieser Einlagerung – bis heute weder geforscht worden ist noch auch bloß vage Überlegungen existieren, Forschung an diesem Reaktordruckbehälter zu betreiben, und somit in der Öffentlichkeit längst der Eindruck entstanden ist, daß damit lediglich mit Hilfe einer Bundesforschungseinrichtung ein Atommüllproblem der Atomindustrie beseitigt werden soll?

43. Abgeordneter **Reuter** (SPD)

Wann wird nach Einschätzung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit das nationale Bilanzierungs- und Informationssystem für Kernbrennstoffe, das in der Transnuklear-Affäre vermißt wurde, aufgebaut sein?

44. Abgeordneter **Reuter** (SPD)

Welche konkreten Schritte zum Aufbau des Bilanzierungssystems, den der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bereits im Jahre 1988 angekündigt hat, sind bislang erfolgt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

45. Abgeordneter **Wüppesahl** (fraktionslos)

Wie ist es möglich, daß die Deutsche Bundespost falsch programmierte Zählimpulsgeber installiert hat, die zu unkorrekten Abrechnungen führten, und daß dieser Mißstand z. B. in Geesthacht von einem Redakteur aufgeklärt werden konnte?

46. Abgeordneter **Roth** (SPD)

Kann die Bundesregierung die von ihr ausgesprochenen, widersprüchlich klingenden Aussagen erläutern, wonach für eine bundesweite Verbreitung der DDR-Fernsehprogramme über Satellit urheberrechtliche Probleme eine besondere Rolle spielen, während dagegen die Einspeisung dieser Programme in Kabelnetze, wie z. B. der Städte Hamburg oder West-Berlin, keine Schwierigkeit bereitet?

47. Abgeordneter **Roth** (SPD)

Welche Kosten würden für die Bundesrepublik Deutschland bzw. die Deutsche Demokratische Republik zusätzlich entstehen, wenn das Bundesministerium für Post und Telekommunikation einen oder zwei Kanäle auf einem ihrer Rundfunk-Satelliten für die DDR kostenlos zur Verfügung stellen würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

48. Abgeordneter **Jäger** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß entgegen den Abmachungen zwischen der Bundesregierung und der polnischen Regierung dem Deutschen Freundschaftskreis in Oppeln durch den Entscheid des zuständigen Wojewodschaftsgerichts die vereinsrechtliche Zulassung versagt worden ist, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um sicherzustellen, daß die Menschen- und Minderheitenrechte der Deutschen unter polnischer Staatsgewalt tatsächlich respektiert werden?
49. Abgeordneter **Dr. Lippelt (Hannover)** (DIE GRÜNEN)	Ist der Bundesminister des Auswärtigen, Genscher, bereit, den Wortlaut der Aufzeichnungen seines Persönlichen Referenten über ein Gespräch am 12. Oktober 1984 zwischen Bundesminister Genscher und dem damaligen Vorstandsvorsitzenden von HDW, Klaus Ahlers, dem 1. Untersuchungsausschuß nunmehr zur Verfügung zu stellen, nachdem er dies bereits bei seiner Vernehmung vor dem 4. Untersuchungsausschuß der 10. Wahlperiode am 17. Februar 1987 zugesagt hatte?
50. Abgeordnete **Frau Wollny** (DIE GRÜNEN)	Ist die Bundesregierung bereit, bei der südafrikanischen Regierung die Forderung nach einer internationalen Inspektion des Werftgeländes der Firma S. A. in Durban vorzutragen, um so feststellen zu können, ob dort im Moment U-Boote gebaut werden, die den Frieden in der Region des Südlichen Afrika weiter gefährden könnten?
51. Abgeordnete **Frau Eid** (DIE GRÜNEN)	Welchen Inhalt hat die am 15. Dezember 1989 gegenüber der Staatsanwaltschaft Kiel abgegebene Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zur Frage der „erheblichen" Störung der auswärtigen Beziehungen durch das U-Boot-Geschäft der Firmen HDW und IKL mit Südafrika?
52. Abgeordnete **Frau Eid** (DIE GRÜNEN)	Trifft es zu, daß das Auswärtige Amt auch nach der Durchsuchungsaktion der Staatsanwaltschaft Kiel bei den Firmen HDW und IKL vom 4. Januar 1990 erneut bei der Staatsanwaltschaft vorstellig geworden ist, um zu erklären, daß das U-Boot-Geschäft mit Südafrika keine „erhebliche" Störung der auswärtigen Beziehungen bewirkt hat?

53. Abgeordnete
Frau
Dr. Vollmer
(DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung ausschließen, daß beim jetzt vom Bundessicherheitsrat genehmigten Israel-U-Boot-Geschäft U-Boot-Know-how und U-Boot-Teile über den Umweg Israel in die Hände Südafrikas gelangen, und ist der Bundesregierung in diesem Zusammenhang bekannt, daß Israel und Südafrika bereits im Jahre 1980 anläßlich eines Besuchs des damaligen israelischen Verteidigungsministers Eza Weizmann in Südafrika die gemeinsame Produktion eines U-Bootes in Südafrika beschlossen haben?

54. Abgeordnete
Frau
Beer
(DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung bereit, über die deutsche Botschaft in Pretoria Erkundigungen darüber einzuholen, ob in Durban, Südafrika, inzwischen mit Hilfe der bundesdeutschen U-Boot-Pläne südafrikanische U-Boote gebaut werden?

Bonn, den 19. Januar 1990



Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 6044, Telefax (02242) 83179
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551, Telefax (0228) 361275
ISSN 0722-8333